

8. Demokratie an Schulen

Einzelinitiative Nicola Siegrist, Zürich, vom 22. Februar 2019

KR-Nr. 103/2019

Die Einzelinitiative hat folgenden Wortlaut:

Das Mittelschulgesetz (413.21) ist so zu verändern, dass der Schülerschaft ein grösseres Mitbestimmungsrecht in der Ausgestaltung des Schulalltags und der Lerninhalte gewährt wird.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler an Mittelschulen verbringen Jahre ihrer Jugend in den Klassenzimmern. Trotzdem entscheiden andere darüber, was an der Schule gelehrt wird, wie der Schulalltag funktioniert, welche Interessen die Schülerinnen und Schüler vertiefen dürfen und welche nicht. Gymnasiale Bildung soll den Schülerinnen und Schüler ermöglichen, mitzubestimmen und bei der Ausgestaltung ihrer eigenen Bildung mitzureden.

Mit einem ausgebauten und entscheidungsfähigen Schülerinnen und Schülerkonvent oder einem ähnlichen Gremium gäbe man den Schülerinnen und Schülern ein Werkzeug in die Hand, mit welchem sie ihre Interessen artikulieren und am Entscheidungsprozess innerhalb der Schule teilnehmen können. Dies hätte positive Auswirkungen für alle Beteiligten. Die Schülerinnen und Schüler lernten mit Verantwortung umzugehen und würden besser auf ihre Rolle in unserer halbdirekten Demokratie herangeführt. Sie könnten zudem ihre Bedürfnisse besser ausdrücken und würden sich deshalb an der Schule wohler fühlen. Lehrpersonen könnten auf interessiertere Jugendliche zählen und sähen sich weniger damit konfrontiert, dass die Schülerinnen und Schüler im Unterricht abhängen.

Ein zukunftsorientiertes Schul- und Bildungswesen sollte versuchen, auf diejenigen zu hören, welche diese Institutionen durchlaufen. Werden die Wünsche und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ernst genommen, so profitieren die Schulen und im Anschluss daran auch unsere Gesellschaft.

Ratspräsident Dieter Kläy: Eintreten auf die Einzelinitiative ist obligatorisch. Gemäss Paragraph 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Nicola Siegrist und Leandra Columberg (*Traktandum 10*) sind inzwischen Mitglieder des Kantonsrates geworden. Bei der Behandlung ihrer Einzelinitiative stellt sich nun die Frage, ob sie ein besonderes Rederecht erhalten wie die Urheberinnen und Urheber einer parlamentarischen Initiative. Wenn man das Recht streng auslegt, ist es eigentlich nicht. Es ist das Verfahren der Einzelinitiative anzuwenden. Für die Begründung einer Einzelinitiative vor dem Rat bedarf es aber lediglich die Zustimmung eines Viertel der anwesenden Ratsmitgliedern. Deshalb schlage ich Ihnen Folgendes vor: Wir geben den beiden ein analoges Rederecht

wie bei der parlamentarischen Initiative. Wird das bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort frei.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Es kam in diesem Rat bislang wohl selten vor, dass die einreichende Person einer Einzelinitiative diese danach im Rat selbst kommentieren konnte. Heute findet das statt. Es freut mich ungemein, dass ich das erste neugewählte Ratsmitglied bin, welches einen eigenen Vorstoss im Rat hat. In regelmässigem Abstand diskutiert dieser Rat auch über die verschiedensten Bildungsinstitutionen im Kanton Zürich. Es geht dabei um die Positionen von Bildungswissenschaften, um die Meinungen von Parteien, teilweise auch um die Belangen der Lehrerinnen und Lehrer und um viele weitere Perspektiven. Selten jedoch sprechen wir von den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler selbst. Diesen Missstand will diese Einzelinitiative angehen.

Es ist eine Errungenschaft, dass wir heute keine alte Schule mehr haben, wo der Lehrer im Extremfall zum Lineal greift. Die Lehrperson ist heute nicht mehr die Eminenz, welche ein unantastbares Machtwort sprechen kann. Das Verhältnis zwischen Lehrpersonen und Schüler und Schülerinnen ist heute entspannter als noch vor 50 Jahren. Dies bietet die Möglichkeit, einen Blick nach vorne zu wagen. Es ist auch eine Errungenschaft, dass wir in der Schweiz gut ausgebaute demokratische Institutionen haben. Von einem perfekten System sind wir jedoch weit entfernt. Ein grosser Teil der Bevölkerung ist bis heute von der Mitbestimmung über Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen; darunter alleine im Kanton Zürich mehr als 250'000 Menschen, welche noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht haben. Ich hoffe daher sehr stark, dass die parlamentarische Initiative (*KR-Nr. 70/2015*), welche zurzeit in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) behandelt wird, zumindest einmal das Stimmrechtsalter 16 auf Anfrage umsetzen will. Zudem beschränkt sich die kollektive Mitbestimmung in der Schweiz nur auf einen Teil des Lebens. Wie Sie wohl wissen, kann weder ein Buezer in einem Grossbetrieb bestimmen, wie hoch die Boni für den CEO ausfallen, noch kann eine Schülerin entscheiden, welche Inhalte ihr in der Schulstunde beigebracht werden.

Die zu überweisende Einzelinitiative fordert deshalb, dass zumindest bei den Mittelschulen die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler und Schülerinnen erhöht werden. Der heutige Zustand zeigt, welchen Wert die Politik bisher den Bedürfnissen und dem Willen junger Menschen auf ihrem Bildungsweg zugestanden hat, dies, obwohl der beeindruckende Organisationsgrad beispielsweise der Klimabewegung oder die verschiedenen Initiativen, welche an verschiedensten Schulen immer wieder entstehen, etwas zeigen. Sie zeigen nämlich, dass auch junge Menschen ohne Probleme in der Lage sind, ihre Interessen zu formulieren und selber Verantwortung zu übernehmen. Dem können wir entgegenkommen, indem wir die passenden Rahmenbedingungen schaffen.

Wie könnte denn so eine Mitbestimmung aussehen? Bereits heute kennen einzelne Mittelschulen einen aktiven Einbezug von Schülerinnen und Schüler bei der Ausgestaltung des Schulalltags wie beispielsweise die Kantonsschule Zürcher

Oberland (*KZO*). Da wurde vor einigen Wochen von der Schüler- und Schülerschaft eine Initiative zuhanden des Lehrer- und Lehrerinnenkonvent lanciert. Mehrere Schüler und Schülerinnen haben dies unterschrieben. Nun hat die Schüler- und Schülerschaft selbst ein Flugreiseverbot für Matura-Reisen bestimmt. Dies ist ein zu begrüßender Anfang. Doch auch an der *KZO (Kantonschule Zürcher Oberland)* haben Schüler und Schülerinnen ausserhalb der Klasse – und dort ist es abhängig von der Lehrperson – keine Möglichkeit, über die konkreten Lerninhalte zu bestimmen. Diese Inhalte werden auf kantonaler Ebene definiert und ständig neu ausgehandelt.

Diese Einzelinitiative soll also auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Zum einen soll geschaut werden, wie auf Ebene der einzelnen Mittelschule Strukturen geschaffen werden, welche allen Schülerinnen und Schülern ermöglichen, den konkreten Schulalltag zu formen. Zum anderen sollen Vertretungen von Schüler und Schülerinnen auch in den relevanten Gremien auf kantonaler Ebene ihren fixen Raum erhalten. Welche genauen Strukturen geschaffen werden sollen, wie und wo genau Schülerinnen und Schüler in Zukunft Einsitz haben können, ist Gegenstand von Diskussionen in der Kommission und später hoffentlich wieder im Rat. Sie haben heute die Möglichkeit, Mittelschülerinnen und -schülern mehr Verantwortung zuzutrauen. Es wäre ein erster Schritt, die hochgelobte Schweizer Demokratie weiter auszubauen. Werden junge Menschen von Anfang an in Entscheidungsprozesse eingebunden, so wissen sie auch für das späterfolgende Erwachsenenleben, mit dieser Verantwortung umzugehen. Mehr Freiheit für Schülerinnen und Schüler und ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Ich bitte Sie deshalb, die Einzelinitiative zu überweisen.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Matthias Hauser vertritt dieses Geschäft; er ist aber momentan am Auszählen (*der vorangegangenen Wahl der Gerichte*).

Die Mittelschule wird vom Kanton und damit von der gesamten Gesellschaft und Wirtschaft finanziert. Sie dient dazu, die kognitiv leistungsstärksten Schülerinnen und Schülern zum späteren Studium an einer Hochschule zu befähigen. Der dafür nötige Kulturkanon, Wissen und Fähigkeiten dürfen keinesfalls der Beliebigkeit der jeweiligen Schülerschaft ausgesetzt werden, sondern müssen gesamtgesellschaftlich festgelegt sein. Dazu hat der Kantonsrat den Bildungsrat eingesetzt, dazu befinden sich Mittelschulen in konstantem Dialog mit Hochschulen und mit Sekundarschulen. Dazu gibt es mit dem Maturanerkenntnisreglement einen eidgenössischen Konsens. Und bereits zur Erfüllung desselben ist die Zeit knapp bemessen.

Wie der Initiant mit seiner eigenen Biografie beweist, werden Schülerinnen und Schüler auch im heutigen Curriculum der Mittelschulen durchaus befähigt, politisch tätig zu sein und Demokratie zu lernen.

Es muss im Gegenteil an Mittelschulen betreffend Mitbestimmung einen Schritt zurückbuchstabiert werden. So sind die Schülerinnen und Schülermitbestimmungsinstrumente beispielsweise die Schülerorganisationen (*SO*), selten basisdemokratisch. Die Suche nach neuen Vorstandsmitgliedern bei Vakanzen verläuft oft harzig. Man fragt vom Vorstand aus mögliche Kandidatinnen und Kandidaten

an, die man schon kennt und sympathisch findet. Das ist ein sogenannter Schülerorganisations-Klüngel. Delegierte vertreten oft ihre persönliche Meinung oder die Meinung des Schülerorganisations-Vorstandes einer Mittelschule, wenn sie gegenüber dem Konvent der Lehrpersonen oder beispielsweise bei der USO, der Union der Schülerorganisationen der Schweiz, auftreten. So wird der Öffentlichkeit eine Schülerschaftsmeinung vorgetäuscht, die nur selten an Vollversammlungen in Sachabstimmungen basisdemokratisch ermittelt ist, sondern öfter das Resultat einiger Weniger ist, die lieber während ihre Mittelschulzeit herumschwatzen, statt hohe Lernleistungen produzieren. Und – das ist schlimm – die sich über andere Schülerinnen und Schüler erheben, die lieber schweigen und lernen. Das ist keine Demokratie, sondern eine arrogante Oligarchie der Mittelmässigen.

Der Initiant möchte das System so verändern, dass er es für seine persönliche Macht nutzen kann beispielsweise für die Klimathematik. Nicolas Siegrist ist bei der Organisation der Klimastreiks eine führende Figur. Wie wäre es, Herr Siegrist, wenn nun die durch Sie missbrauchte Schülerschaft sogar noch die Curricula und den Alltag an Mittelschulen ändern dürfte, statt auf die Strasse zu müssen? Ihren Anliegen wurde schon viel zu viel Wohlwollen entgegengebracht, indem bei Dispositionen für Streiks da und dort beide Augen zugedrückt wurden, statt das Absenzenreglemente buchstabengetreu zu vollziehen.

Lehnen Sie diese Einzelinitiative ab.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Vor noch nicht allzu langer Zeit war ich selbst noch Schülerin an einer Mittelschule im Kanton Zürich. Dort war ich im Vorstand einer sogenannten Schülerorganisation und gehörte somit zu den wenigen Schülerinnen und Schüler, welche an den Lehrerkonventen teilnehmen konnten. An diesem Lehrerkonvent, an dem wichtige interne schulpolitische Entscheidungen getroffen werden, waren die Schülerinnen und Schüler in meinem Fall durch drei Mitglieder der Schülerorganisation vertreten – drei von über 70 Stimmen. Bei dieser Mitbestimmungsmöglichkeit kann beim besten Willen nicht von einer auch nur annähernd fairen und ausgeglichenen Interessensvertretung der Schülerinnen und Schüler gesprochen werden. Auch sonst war sowohl die Transparenz und Mitteilung der getroffenen Entscheide wie auch die mögliche Beteiligung an den schulpolitischen Anliegen äusserst bescheiden. Das ist eine Realität an den allermeisten Mittelschulen im Kanton Zürich. Und genau dieser Problematik nimmt sich die vorliegende Einzelinitiative an.

Schülerinnen und Schüler sind von den schulpolitischen Entscheiden massgebend betroffen, haben aber kaum Möglichkeiten, sich für ihre Interessen einzusetzen und eigene Inputs einzubringen.

Die SP ist der Meinung, dass auch ihre Stimmen gehört und die Demokratie an Schulen gestärkt werden sollen. Daher unterstützt die SP diese Einzelinitiative.

Carola Etter (FDP, Winterthur): Die Einzelinitiative – das haben wir gehört – fordert mehr Mitsprache der Schülerinnen und Schüler zu Lerninhalten, allerdings elegant verpackt mit dem Titel «Mehr Demokratie an Schulen».

Auch wir wünschen uns, wie der Initiant, motivierte Schülerinnen und Schüler. Aus Sicht der FDP ist aber eine solche Mitsprache nicht nötig und nicht zielführend und schon gar nicht in Form eines ausgebauten und entscheidungsfähigen Schülerinnen- und Schülerkonvent oder eines ähnlichen Gremiums, wie es gefordert wird.

Das Mittelschulgesetz ermöglicht unter Paragraf 19 nämlich bereits eine Schülerorganisation – davon haben wir gehört – mit stimmberechtigter Vertretung im Gesamtkonvent. Diese Schülerorganisationen gibt es – auch davon haben wir gehört – beispielsweise an der Kantonsschule Zürcher Oberland. Das ist richtig und wichtig, und unserer Meinung nach ausreichend.

Bezüglich Lerninhalten sind unsere Mittelschulen nämlich auf einen sorgfältig austarierten und gut ausgearbeiteten Lehrplan angewiesen und unterrichten nach diesem; er bereitet sie dann auch auf gute Anschlusslösungen wie das Hochschulstudium vor. Der Lehrplan lässt den Lehrerinnen und Lehrer auch genügend Spielraum für eine interessante Vermittlung des Stoffes unter Einbezug der Schülerinnen und Schüler. Und wir sind überzeugt von unserem pädagogischen Personal und denken deshalb, dass es ausreichend ist und dass ein guter Lernprozess gestaltet werden kann.

Über den Lehrplan hinaus haben die Schüler viele Einflussmöglichkeiten in ihrem Schulalltag. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meiner eigenen Vergangenheit geben: Meine Schulzeit liegt etwas länger zurück als die von Kollege Siegrist, aber wir haben uns damals als politisch Interessierte Schülerinnen und Schüler einen engagierten Lehrer gesucht und haben mit ihm an nationalen und internationalen Sessionen des European Youth Parliament teilgenommen. Das alles in unserer Freizeit basierend auf privater Initiative. Es war möglich und es soll unserer Meinung nach auch so bleiben.

Vor diesem Hintergrund verweigert die FDP die vorläufige Unterstützung.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Der Initiant stört sich daran, dass andere entscheiden, was an der Schule gelehrt wird. Er möchte, dass die Schülerinnen und Schüler über Lerninhalte und die Ausgestaltung des Schulalltags mindestens massgeblich mitbestimmen.

Dieser Vorschlag ist – mit Verlaub – etwas weltfremd. Es gehört zum Wesen der Schule, dass nicht die Schülerinnen und Schüler zur Hauptsache bestimmen, welche Lerninhalte in den Lektionen besprochen werden, sondern dass der Lehrplan Ziele oder Kompetenzen vorgibt. Diese werden in einem Zusammenspiel verschiedener Player beispielsweise der Schulen, Politik oder auch Wirtschaft erarbeitet.

Daneben lassen die Vorgaben aber auch einen gewissen Spielraum für Lehrpersonen oder einzelne Schulen. Praktisch alle Pädagogen haben die Zeichen der Zeit erkannt und geben ihren Schülerinnen und Schüler durchaus ein Mitspracherecht, zum Beispiel bei der Auswahl von Büchern, die im Unterricht gelesen werden sollen, oder bei der Themensetzung von individuellen Projekten. Die Wünsche und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler werden also ernst genommen; sie werden auch im Schulalltag diskutiert.

Wo kämen wir aber hin, wenn in jeder Schule ein Schülerparlament über die Lerninhalte bestimmen würde? Wie könnte man da die Chancengleichheit – ein Kernthema gerade der SP – der Schülerinnen und Schüler sicherstellen? Würde dann eine Mehrheit des Schülerparlaments den anderen Schülern vorschreiben, was sie zu lernen haben und was nicht? Was geschieht mit dem Maturastoff? Wissen 16-jährige Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wirklich, welche Kompetenzen später in der Berufswelt und im Leben gebraucht werden?

Die Schulen sind hier gut unterwegs. Sie lassen den Schülerinnen und Schülern Freiheiten beim Lernen; sie gehen individuell auf ihre Wünsche und Bedürfnisse ein. Demokratie ist an der Schule kein Fremdwort, und ich bin überzeugt, dass alle Schulen ihre Kunden – also die Schülerschaft – ernst nehmen.

Ich weiss nicht, ob der Initiant seine Schule als dermassen diktatorisch erlebt hat, oder ob die übertriebene und unrealistische Initiative seiner Jugend geschuldet ist. Wir Grünliberalen werden die Einzelinitiative nicht unterstützen.

Kathrin Wydler (Wallisellen): Die CVP unterstützt diese Einzelinitiative nicht. Der Spielraum für die Gestaltung des Lerninhalts ist sehr klein, wird doch vieles auf Bundesebene definiert, um eine einheitliche eidgenössische Matur zu gewährleisten. Bei freiwilligen Fächern könnten Ideen von der Schülerschaft verwendet werden. Und dort ist es sicher sinnvoll, wenn die Schule den Einbezug der Schülerschaft ermöglicht und mögliche Vorschläge evaluiert – aber mehr nicht. Das Ziel der Maturität ist die Schüler und Schülerinnen auf eine weiterführende Bildung an einer Universität vorzubereiten, und da gilt es vielleicht auch, dass man gewisse Fächer absolviert, welche einem nicht so liegen. Des Weiteren bin ich mir sicher, dass es im Interesse der Schule ist, die Anliegen der Schülerinnen und Schüler zur Ausgestaltung des Schulalltags über die SOs in Erfahrung zu bringen und diese auch zu berücksichtigen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste findet es interessant, diese Frage in der Kommission zu prüfen. Wir werden deshalb die Einzelinitiative unterstützen.

Es ist ja so, dass in der Volksschule seit einigen Jahren die Mitbestimmung in den einzelnen Schulen eingeübt wird. Also, die Schülerinnen und Schüler sind schon sehr gut vorbereitet, auch in der Mittelschule mitzubestimmen. Es entspricht wirklich nicht dem Menschenbild der Alternativen Liste, dass man wie nichtdenkende Sklaven – wie in der Wirtschaft – behandelt wird, wie es der SVP vorschwebt. Schon aus diesem Grund finden wir beispielsweise ein Schülerinnen- und Schülerkonvent sehr interessant. Wir könnten uns aber auch vorstellen, dass es eine Vertretung im Bildungsrat geben könnte.

Mit diesen Worten unterstützt die Alternative Liste die Einzelinitiative.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 32/2019 von Nicola Siegrist, Zürich, stimmen 55 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum

von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Einzelinitiative ist damit nicht vorläufig unterstützt.

Das Geschäft ist erledigt.